

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

Sachsens CDU-Fraktion hat einen neuen Chef. Frank Kupfer ist im September zurückgetreten und hat öffentlich erklärt, dass er unter Depressionen leidet. Ich habe ihm für diese Offenheit Respekt gezollt und ihm gute Besserung gewünscht.

Als Nachfolger hatten Kupfer und der Ministerpräsident den 68-jährigen Geert Mackenroth vorgeschlagen – offenbar wollte Michael Kretschmer bis zur Wahl gleichaltrige Konkurrenz kleinhalten. Das ist ihm misslungen. 24 der 59 CDU-Abgeordneten stimmten für Mackenroth, aber 32 für den bisherigen innenpolitischen Sprecher Christian Hartmann. Offenbar kann der Regierungschef nicht einmal die Abgeordneten überzeugen, die seine Regierung tragen. Wie will er das dann bei der sächsischen Gesellschaft hinbekommen?

Wie Kretschmer angesichts des Wahlergebnisses ernsthaft „Geschlossenheit in dieser Fraktion“ erkennen konnte – die lobte er umgehend –, bleibt sein Geheimnis.

Was wichtiger ist: Christian Hartmann steht für denselben innenpolitischen Kurs, den auch Geert Mackenroth und Frank Kupfer vertreten. Wer den harten Hund gibt und das Polizeigesetz auf einen Generalverdacht statt auf den Rechtsstaat stützen will, wird die Gesellschaft nicht zusammenhalten. Eine Koalition mit der AfD schließt Hartmann nicht aus, diese Option hat er sich schon als CDU-Chef in Dresden immer offengehalten. Bis dahin gehe ich davon aus, dass die CDU im Landtag weiter den Scharfmachern am rechten Rand naheheuern und sie dadurch stärken wird. Es ist an uns, dagegenzuhalten!

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Neue Wege für die Schulen!

Das neue Schuljahr in Sachsen ist nun einige Wochen alt – und wieder geprägt vom Lehrkräftemangel. Der Unterricht kann nicht abgesichert werden, das bestätigen uns viele Meldungen. Im letzten Schuljahr mussten über 800.000 Stunden vertreten werden. Oft werden keine Vertretungspläne geschrieben, sondern Ausfallpläne! Schon im Februar 2018 konnten bei den Einstellungsverfahren 40 Stellen nicht besetzt werden. Zu Beginn dieses Schuljahres blieben 230 Stellen frei, und nicht alle eingestellten Lehrkräfte traten ihren Dienst auch an. An den Oberschulen gibt es nur für 53,4 Prozent der offenen Stellen eine neue Inhaberin oder einen neuen Inhaber. Darunter sind auch Seiteneinsteiger sowie Lehrkräfte mit einer schulfremden Ausbildung. „Wir richten einen herzlichen Dank an die Seiteneinsteiger. Diese Aufgabe ohne pädagogische Ausbildung nach einem Vierteljahr Crashkurs zu beginnen, ist wirklich bewundernswert“, so **Cornelia Falken, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion**. Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern müssten die CDU-Fehlpolitik ausbaden.

So wichtig es ist, über die Personalnische zu sprechen – es reicht nicht. „Zukunft braucht gute Schule und neue Wege in der Bildung“ war eine Debatte der Linksfraktion im Landtag überschrieben. „Wir sagen gerade in dieser Situation: Wir müssen grundsätzlich umsteuern, Kurs nehmen auf eine neue Lernkultur und auch auf eine teilweise neue Lernstruktur“, so Falken. Deshalb sei es gut, dass ein breites Bündnis einen Volksantrag für längeres gemeinsames Lernen gestartet hat. Es will erreichen, dass Schulen in Form des sogenannten Optionsmodells künftig selbst darüber entscheiden dürfen, ob sie eine Gemeinschaftsschule gründen. Dazu wird das Einvernehmen mit dem Schulträger hergestellt, das Kultusministerium ist an das Votum der Experten vor Ort gebunden. „Angestrebt wird kein Systemsturz – die Gemeinschaftsschule soll als gleichberechtigte weitere Schulart möglich sein“, so Falken.

Zwei Drittel der Bevölkerung wollen ausweislich einer repräsentativen Emnid-Befragung die Gemeinschaftsschule. Insbesondere Leute zwischen 18 und 28 Jahren stimmen stark zu: 78 Prozent wollen, dass länger gemeinsam gelernt wird. Selbst 60 Prozent der CDU-Wähler sind dafür! In neun Bun-

desländern gibt es bereits Formen längerer gemeinsamen Lernens.

Die Gemeinschaftsschule soll also als gleichberechtigte weitere Schulart möglich werden. Die Schülerinnen und Schüler lernen dort auch nach der vier-



Foto: iStock/popovaphoto

ten Klasse gemeinsam, die frühe Trennung entfällt. „Das reduziert den Stress für die Eltern und die Belastung der Schülerinnen und Schüler. An die Stelle von Versagensängsten tritt eine langfristig stabile Lernumgebung“, stellt Falken klar – auch vor dem Hintergrund, dass psychische Probleme,

Gewalt und Mobbing an Schulen eher zu- als abnehmen.

Die Gemeinschaftsschule setzt deshalb auf kooperative Lernformen statt auf Frontalunterricht. Kinder mit unterschiedlichen Leistungsniveaus lernen miteinander und voneinander und werden individuell gefördert. Am Ende sind alle Abschlüsse möglich.

Die Beteiligung an diesem durch ein breites Bündnis getragenen Vorstoß im Rahmen der Volksgesetzgebung ist ein attraktives bildungspolitisches Vorhaben. Damit kann zugleich die seit fast 20 Jahren anhaltende Lethargie in Sachen direkter Demokratie durchbrochen werden. Falken: „Insofern ist der Volksantrag schon jetzt ein historischer Schritt im Kampf um gute Schulen!“

Mehr Informationen:
www.gemeinschaftsschule-in-sachsen.de



Keine Hetzjagden in Chemnitz?

Michael Kretschmer hat für bundesweites Aufsehen gesorgt, als er im Landtag erklärte, es habe nach dem Tötungsdelikt an Daniel H. in Chemnitz keinen Mob, keine Hetzjagden und keine Pogrome gegeben. Eine solche Aussage ist schon deshalb fahrlässig, weil weiterhin eine dreistellige Zahl an Ermittlungsverfahren anhängig ist. Sie ist aber vor allem grob wahrheitswidrig – die LINKEN-Abgeordneten Marco Böhme und Klaus Bartl stellten das noch in der Sitzung klar. Dass in Chemnitz Menschen gejagt worden sind, bezeugte eine Reihe von Menschen auch bei der Anhörung der Linksfraktion am 17. September im

Pentagon3 in Chemnitz – darunter Standbetreiber auf dem Stadtfest, ein unbeteiligter Rentner, Gewerkschafter sowie Migrantinnen und Migranten. Auch Uwe Dziuballa, Inhaber des attackierten jüdischen Restaurants Shalom, war anwesend und berichtete von seinen Erfahrungen und den Ermittlungen. Wir werden die gewonnenen Erkenntnisse in die parlamentarische Aufarbeitung der Ereignisse einfließen lassen und das Material auch dem Generalstaatsanwalt zur Verfügung stellen. Abseits aller Begriffsdebatten muss klar sein: Straftaten müssen verfolgt werden, egal wer sie begeht!

Häusliche und sexualisierte Gewalt bekämpfen!

Häusliche Gewalt ist ein dunkles Thema. Viele Opfer bleiben im Verborgenen, aus Scham, Hilflosigkeit oder aus Angst vor ihren Peinigern, die oft aus ihrem engsten Umfeld kommen. Statistisch gesehen wird jede vierte Frau mindestens einmal Opfer von häuslicher oder sexualisierter Gewalt. Jeder Schlag ist einer zu viel und oft bleibt es nicht dabei. Statistisch gesehen an jedem dritten Tag wird in Deutschland eine Frau durch Partner oder Ex-Partner getötet. Hinter der lapidaren Bezeichnung „Familiendrama“ stehen schreckliche Schicksale. Alle wollen, dass alle Betroffenen Hilfe bekommen.

Seit Februar 2018 gilt das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“, auch bekannt als Istanbul-Konvention, in Sachsen. „Die 81 Artikel enthalten umfassende Verpflichtungen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, zum Schutz der Opfer und zur Bestrafung der Täter“, so das Bundesfamilienministerium. Es ist wichtig, die Konvention auch in Sachsen mit Leben zu erfüllen.

Dazu hat die Linksfraktion von der Landesregierung ein Maßnahmenprogramm gefordert (Drucksache 6/14763). **Sarah Buddeberg, gleichstellungspolitische Sprecherin**, dringt auf ein flächendeckendes, barrierefreies Unterstützungssystem.

Das umfasst insbesondere Schutzunterkünfte, Beratungsstellen, Notrufe, Traumazentren, Therapiemöglichkeiten und medizinische Versorgung. „Leider müssen immer wieder Frauen abgewiesen werden, weil Plätze belegt sind. Die gute Nachricht ist: Wir müssen nicht bei Null anfangen.“ In Sachsen gibt es 14 Frauenschutzeinrichtungen, sieben Koordinierungs- und Interventionsstellen sowie zwei Mänerschutzwohnungen – letztere sind wichtige Modellprojekte. „Ohne diese Vereine und Menschen, die täglich ehrenamtlich arbeiten, hätten Betroffene kaum eine Chance, der Gewalt zu entkommen. Diese Arbeit muss ausreichend finanziert werden“, fordert Buddeberg. Im Sinne effektiver Strafverfolgung müssten zudem Spuren vertraulich gesichert

werden können. Denn Opfer sexualisierter Gewalt sind häufig nicht in der Lage, sofort Anzeige zu stellen. Nur acht Prozent dieser Frauen gehen zur Polizei. Später wird es schwer, Beweise vorzulegen. 87 Prozent der angezeigten Fälle enden ohne Verurteilung.

„Sachsen darf den Kampf gegen häusliche und sexualisierte Gewalt nicht auf Vereine und Ehrenamtliche abwälzen“, so Buddeberg. Es sei gut, dass mehr Geld in den letzten Doppelhaushalt eingestellt worden ist. Allerdings verhindern die Förderbedingungen bisher zu oft, dass es auch abgerufen wird. Die Koalition will nun einen Maßnahmenplan erstellen. Aber wir wollen nicht mehr warten. Frauen, deren Leben bedroht ist, können das auch nicht.



Für eine neue Welt-Menschenrechtskonferenz

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“

Am 10. Dezember 1948 verkündete Eleanor Roosevelt, Vorsitzende der UN-Menschenrechtskommission, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Von deutschem Boden waren Barbarei, totaler Krieg, beinahe absolute Zerstörung nicht nur materieller, sondern aller menschlichen Werte ausgegangen. Die Erneuerung der humanistischen Werte war nötig geworden – und liegt fast 70 Jahre zurück. Ihren Hintergrund kennen heute die wenigsten Menschen aus persönlichem Erleben. Deshalb hat die Linksfraktion die Erklärung mit einem Antrag im Landtag ins Gedächtnis gerufen (Drucksache 6/14582).

„Ein Novum war die Erklärung auch insofern, dass sie alle Menschen aller Erdteile und auch deren soziale Rechte einschloss“, so **Klaus Bartl, Sprecher für Verfassungs- und Rechtspolitik**. Die Menschenrechte und ihre Verletzung seien auch ein Thema für Deutschland und Sachsen. Was sich im Umgang mit von Flucht Betroffenen etwa in Chemnitz ereignet hat, verletze die universellen Verhaltensnormen. Hinzu komme, dass die sozialen Menschenrechte auch hierzulande ständig durch Armut bedroht seien. Bartl verwies zudem auf Artikel 8

der Erklärung: „Jeder hat Anspruch auf einen wirksamen Rechtsbehelf bei den zuständigen innerstaatlichen Gerichten gegen Handlungen, durch die seine ihm nach der Verfassung oder nach dem Gesetz zustehenden Grundrechte verletzt werden.“ Warum dann der

nordrhein-westfälische Innenminister fordere, dass Gerichte das „Rechtsempfinden“ der Bevölkerung mehr in den Mittelpunkt rücken müssten, wenn Asylsuchende einem Verwaltungsakt widersprechen, bleibe unklar.

Artikel 9 lautet: „Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.“ Wieso aber stützt dann der Entwurf des sächsischen Polizeigesetzes polizeiliche Maßnahmen auf die vermutete Wahrscheinlichkeit, dass jemand eine Straftat begehen könnte? „Die Anwendungspraxis solcher Paragrafen in Bayern zeigt, dass sie nicht nur islamistische ‚Gefährder‘, sondern auch unliebsame Demonstranten treffen. Und wie kommt Innenminister Wöller auf die Idee, abgelehnte Asylbewerber allein deshalb zu inhaftieren, weil ihre Herkunft ungeklärt ist? Was macht ihn sicher, dass diese Menschen aus bösem Willen ihre Identität nicht nachweisen können?“, fragte Bartl. In den kriegsgebeutelten Regionen Syriens oder des Iraks sei die Zahl der Einwohnermeldeämter überschaubar, ganz zu schweigen von der Frage, ob diese Menschen als Dissidenten überhaupt einen Ausweis bekommen hätten.

Die Linksfraktion fordert von der Landesregierung einen Bericht zur Menschenrechtslage. Vor allem aber sollte sie sich im Bund für eine erneute Weltmenschenrechtskonferenz einsetzen.

Ein Armutszeugnis!

Der Landtag hat sich mehrheitlich zu den Menschenrechten bekannt – aber nur, weil die CDU-Fraktion gerade kaum im Saal vertreten war. Auch ihr neuer Chef Christian Hartmann fehlte. Der LINKE Antrag enthielt neben den Forderungen nach einem Bericht und einer Weltmenschenrechtskonferenz einen dritten Punkt: „Der Landtag würdigt [...] die ‚Allgemeine Erklärung der Menschenrechte‘ und bekräftigt die universelle Geltung der unveräußerlichen allgemeinen Menschenrechte als ‚das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal‘.“ Über diesen Punkt stimmte der Landtag zuerst ab, und er fand tatsächlich eine Mehrheit. Die eilig herbeigerufenen Koalitionsabgeordneten stimmten dann aber die anderen Punkte und in der Schlussabstimmung den Antrag nieder.

Zeit für Bildung!

Der sächsische Landesverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat eine Kampagne gestartet: **Zeit für Sachsen!** Damit fordern die Gewerkschaften ein Bildungsfreistellungsgesetz. Die Beschäftigten sollen für bis zu fünf Tage pro Jahr bezahlt freigestellt werden können, um sich fortbilden zu können.

Die Linksfraktion unterstützt das und hat schon 2017 ein Gesetz vorgelegt, der dieses Ziel umsetzen soll (Drucksache 6/9883). Jede Bürgerin und jeder Bürger soll sich allgemein, beruflich, politisch, sozial, kulturell und interkulturell weiterbilden können. Lebenslanges Lernen sollte sich nicht auf Kenntnisse beschränken, die mit dem eigenen Beruf zu tun haben.

Nun hat sich der Landtag damit befasst. **Marion Junge, Sprecherin für Weiterbildung:** „Wir streiten für eine flächendeckende Weiterbildungslandschaft. Die Volkshochschulen und andere Bildungsträger sollen mithelfen, den Rechtsanspruch auf fünf bezahlte Bildungstage umzusetzen. Wir stehen für eine sichere Grundfinanzierung und wollen auch ein flächendeckendes Angebot für den zweiten Bildungsweg. Alle Einwohnerinnen und Einwohner sollen Schulabschlüsse an den Volkshochschulen und bei den anerkannten Trägern nachholen können.“ Bisher sind der Haupt- oder Realabschluss nur an der Abendoberschule nachträglich zu erwerben.

Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mit bis zu 50 Beschäftigten, die eine Bildungsfreistellung beanspruchen, sollen auf Antrag einen Ausgleich aus dem Landeshaushalt bekommen. In Rheinland-Pfalz, wo es einen Rechtsanspruch auf Bildungsfreistellung gibt, wurden hierfür 2014 pro Person und Kalendertag 57,95 Euro gezahlt. Insgesamt flossen dort in diesem Jahr 370.923 Euro zu diesem Zweck. Das würde auch Sachsen keineswegs überfordern.

Die CDU-SPD-Koalition ließ allerdings die Chance verstreichen, etwas für die Weiterbildungslandschaft zu tun. Dabei führt Michael Kretschmer nicht nur die Regierung, sondern auch den sächsischen Volkshochschulverband! Die Landesregierung lässt die Beschäftigten also weiterhin sitzen, wenn es um lebenslanges Lernen geht – das traut sich sonst nur noch Bayern. Dabei ist eine Bildungsfreistellung kein Hexenwerk, sondern sie hilft auch der Wirtschaft. Junge: „Wir bleiben bei unserer Forderung und werden gemeinsam mit dem DGB weiter für ein Bildungsfreistellungsgesetz kämpfen.“

Was dürfen Bus und Bahn kosten?

Unter dem Titel „ÖPNV für alle!“ fand am 18. September 2018 auf dem Lindenauer Markt in Leipzig eine Veranstaltung der Linksfraktion statt. Ich debattierte mit Steffen Lehmann, Geschäftsführer des Mitteldeutschen Verkehrsverbands, Tino Supplies, Mobilitätsexperte des Leipziger Umweltverbands Ökolöwe vor ein paar hundert Zuhörerinnen und Zuhörern. Die freie Journalistin Sarah Ulrich moderierte. Dass die steigenden Preise für Bus und Bahn die Menschen bewegen, zeigten mehrere Wortmeldungen. Eine Frau fragte aufgebracht: „Wer kann sich seit der letzten Erhöhung überhaupt noch ein Ticket für die Straßenbahn leisten?“ Erst im August stiegen die Preise für Einzel- sowie Abokarten der Leipziger Verkehrsbetriebe. 2002 betrug der Preis für eine Einzelfahrt kostete eine Einzelfahrt 1,50 Euro, 2018 schon 2,70 Euro. Damit hat Leipzig die höchsten Preise in Sachsen. Erhöhungen führen dazu, dass der öffentliche Personennahverkehr weniger attraktiv wird und insbesondere einkommensschwache Menschen ausgeschlossen werden.

Einig war sich das Podium, dass der Nahverkehr attraktiv sein muss – dazu gehört attraktive Preispolitik. Dennoch verwies Steffen Lehmann darauf, dass der ÖPNV teuer und auf öffentliche Zuschüsse angewiesen sei. Etwa 550 Millionen Euro pro Jahr benötige der MDV, 220 Millionen Euro würden durch Ticketeinnahmen gewonnen, der Rest seien Zuschüsse. Dennoch steigen die Kosten für Personal, Energie oder Anschaffungen. Die öffentlichen Mittel reichen nicht aus, weshalb moderate Fahrpreisanpassungen notwendig seien. Er verwies auch auf Erfolge: Die Leipzig-Pass-Mobilcard ermögliche es auch Menschen, die beispielsweise Arbeitslosenhilfe beziehen, ein vergünstigtes Ticket zu erwerben. Allerdings ist auch das teurer geworden. Tino Supplies kritisiert, dass die



Zuschüsse der Stadt für die LVB 2012 eingefroren wurden und seither jede Kostensteigerung von den Kundinnen und Kunden getragen wurde. Indes wurde in Wien ein 365-Euro-Jahresticket eingeführt, mit dem die Wienerinnen und Wiener für einen Euro in ihrer Stadt fahren können. Dadurch stieg die Zahl der Abokunden von 370.000 (2012) auf 780.000 (2017).

In Sachsen bewegt uns die Idee einer Nahverkehrsabgabe, die alle Einwohnerinnen und Einwohner einer Kommune zahlen und dann entgeltfrei den ÖPNV nutzen können. Nach den Vorstellungen der Linksfraktion sollte der Freistaat ein Modellprojekt finanzieren, bei dem im ersten Schritt der ÖPNV massiv ausgebaut wird. Im zweiten Schritt sollten bestimmte Nutzer(-innen)gruppen kostenlos oder zum reduzierten Preis fahren können, etwa Schülerinnen und Schüler sowie Senioren. Zuletzt sollte das über einen bestimmten Zeitraum für alle Einwohnerinnen und Einwohner der jeweiligen Kommune gelten. Am sollte per Bürgerentscheid abgestimmt werden, ob eine ÖPNV-Abgabe für alle eingeführt wird, mit der für maximal 20 Euro pro Monat (sozial gestaffelt), also

einem Drittel des derzeitigen Abokartenpreises in Leipzig, alle Einwohnerinnen und Einwohner kostenlos in ihrer Kommune fahren können. Davon hätten alle etwas: Die Autofahrerinnen und -fahrer würden weniger im Stau stehen, Fußgängerinnen und Fußgänger könnten mehr Luft- und Lebensqualität mit weniger Autos in den Straßen genießen.

Steffen Lehmann hält ein solches Modell für nicht begrüßenswert, da es in die Freiheitsrechte eingreife. In Leipzig seien wichtige Schritte schon getan: neue Straßenbahnen sowie neue Linien und trotz Preissteigerungen die Hinzugewinnung neuer Fahrgäste. Nichtsdestotrotz sind sich die Diskutanten darin einig, dass eine Stärkung des ÖPNV nur mit öffentlichen Zuschüssen erreicht werden kann. Sowohl die Stadt Leipzig als auch der Freistaat müssen mehr Mittel bereitstellen. Auch der Bund steht in der Verantwortung.

• Marco Böhme, Sprecher für Mobilität, Klima und Energie

Die Veranstaltung kann bald unter www.youtube.com/user/linksfractionsachsen angeschaut werden.

Öffentliche Fraktionssitzung in Görlitz

Das Ohr bei den Leuten haben – das ist auch für die Linksfraktion ein Anspruch. Ihn versuchen wir auch einzulösen, indem wir von Zeit zu Zeit geschlossen das Parlamentsgebäude verlassen und uns der Diskussion vor Ort stellen. Das geht am besten unter freiem Himmel. Und so waren die Abgeordneten und Beschäftigten zum dritten Mal in dieser Legislaturperiode auf Tour. Am 11. September 2018 standen wir auf dem Marienplatz in Görlitz bereit für Gespräche über alle gewünschten politischen Themen. Moderiert wurde die Veranstaltung vom **stellvertretenden Fraktionschef Marco Böhme**.

Am Nachmittag ging es dann in zwei Diskussionsrunden um die Digitalisierung. Im Krankenhaus Emmaus Niesky diskutierten wir mit Dr. Matthias Schröter, Verwaltungsdirektor des Diakonissenkrankenhauses Dresden, und Vertreterinnen eines Modellprojekts die Folgen der Digitalisierung für die medizinische Gesundheitsversorgung.

Und im Bürgerbüro von Mirko Schultze in Görlitz ging es um die Digitalisierung und die Arbeitswelt – zu Gast waren Udo Döring, Betriebsrat bei Teleper-

formance Görlitz, und Thorsten Ahrens vom DRK-Kreisverband Görlitz. Es war mit Sicherheit nicht unsere letzte öffentliche Fraktionssitzung.



Mehr für den Tierschutz tun!

Welch' eine Misere: Für die 54 sächsischen Tierheime standen im Landeshaushalt 2016 insgesamt 520.000 Euro bereit, 2017 rund 629.000 Euro. Das ergibt pro Heim rund 9.600 Euro bzw. rund 11.600 Euro. Damit lässt sich nicht einmal eine hauptamtliche Tierheimleitung finanzieren! Neben ihren eigentlichen Aufgaben müssen die Heime also weiter Spenden einwerben.

Zusätzlich erhalten Tierheime pauschale Zahlungen von den Kommunen. Deren Höhe liegt im Durchschnitt bei einem Euro pro Einwohnerin bzw. Einwohner. In einigen Landkreisen sind es sogar nur 30 Cent. 2010 errechnete der Deutsche Tierschutzbund, dass eine Fundtierkostenpauschale in Höhe von einem Euro plus sieben Prozent Umsatzsteuer notwendig wäre, damit die Tierheime gut arbeiten können. Gelöst werden kann dieses Problem, wenn das Land den Kommunen ihre Tierschutzausgaben in voller Höhe erstattet. Das ist eine Forderung aus einem neuen Gesetzentwurf (Drucksache 6/14771), mit dem die Linksfraktion für besseren Tierschutz sorgen und den engagierten Vereinen und Verbänden helfen will.

Susanne Schaper, tierschutzpolitische Sprecherin, stellte im Landtag klar: „Tierschutz ist ein Staatsziel in Sachsen und eine Pflichtaufgabe der Kommunen. Aber die sind weit davon entfernt, dafür genug Geld zu haben. Den Tierschutzorganisationen fehlen wichtige Rechte. Beides wollen wir beheben.“

Anerkannte Tierschutzorganisationen sollen mehr Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte bekommen. Wir fordern ein tierschutzrechtliches Verbandsklagerecht, damit sie behördliche Anordnungen und Entscheidungen gerichtlich prüfen lassen oder gegen die Untätigkeit von Behörden vorgehen können. Ein Verbandsklagerecht gibt es schon in acht Bundesländern.

Um den Belangen des Tierschutzes mehr Nachdruck zu verleihen, soll außerdem ein unabhängiger Landestierschutzbeirat gebildet werden. Der Landtag soll eine Tierschutzbeauftragte oder einen Tierschutzbeauftragten wählen. Sie oder er berät, nimmt Anregungen entgegen und wirkt bei der Sicherstellung tierschutzrechtlicher Bestimmungen mit. Die Landkreise, Kreisfreien Städte und Großen Kreisstädte sollen zudem kommunale Tierschutzbeiräte bilden.

Wir sind nun gespannt auf die Debatte im Landtag. Beim Thema Tierschutz müssten sich doch alle einig sein. Oder?



Plenarspiegel September 2018

Die 79. und die 80. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 26. und 27. September 2018 statt. Die Linksfraktion war mit den folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte

„Schuljahresbeginn mit Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall – Zukunft braucht gute Schule und neue Wege in der Bildung!“

Gesetzentwürfe

„Gesetz über die Weiterbildung und das lebenslange Lernen im Freistaat Sachsen“ (Drs 6/9883)

„Gesetz zur Verbesserung des Tierschutzes in Sachsen und zur Förderung der im Bereich des Tierschutzes tätigen Vereine und Verbände“ (Drs 6/14771)

Anträge

„Istanbul-Konvention: Anspruch auf Schutz bei häuslicher Gewalt konsequent umsetzen – Sächsisches Maßnahmenprogramm endlich auf den Weg bringen!“ (Drs 6/14763)

„„Alle Menschen sind gleich und frei an Würde und Rechten geboren.“ – Bekenntnis zum Schutz, zur Wahrung und zur Verwirklichung der unveräußerlichen Menschenrechte anlässlich des 70. Jahrestages der Verabschiedung der ‘Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte‘“ (Drs 6/14582)

Termine

Fachgespräche zum LINKEN Integrationsgesetz

8.10.2018, 18:30 Uhr, Bürgerinitiative Chemnitzer City, Rosenhof 14, Chemnitz

11.10.2018, 18:30 Uhr, Wir AG Dresden, Martin-Luther-Str. 21

Ideenkonferenz zur Situation der Kunst- und Kulturschaffenden in Sachsen: Kunst.Kultur.Perspektiven.

10. November 2018, 9:30–16:00 Uhr
Westflügel, Hähnelstraße 27, 04177 Leipzig

„Engagement-Preis für demokratische Kultur“ erstmals verliehen

Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag haben in diesem Jahr erstmals einen „Engagement-Preis für demokratische Kultur 2018“ ausgelobt. Am 14. September wurde die Auszeichnung im Sächsischen Landtag verliehen – in feierlicher Atmosphäre und musikalisch meisterlich umrahmt durch Detlef Hutschenreuter und den Laienchor Pir-Moll.

Der „Engagement-Preis für demokratische Kultur 2018“ wurde in drei Kategorien vergeben. Als „Etablierte Initiative“ ging der Preis mit einer Dotierung von 1.000,00 Euro an das **Netzwerk für demokratische Kultur Wurzeln**. Laudator Franz Sodann, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion, würdigte den gemeinnützigen Verein, der seit 19 Jahren für Vielfalt und Toleranz streitet. „60 bis 70 aktive Mitglieder arbeiten größtenteils ehrenamtlich und setzen jährlich bis zu 50 Projekte und Veranstaltungen um. Sie schaffen für Bürger und Bürgerinnen, Jugendliche und Kinder offene Räume und fördern so eine aktive demokratische Zivilgesellschaft. Für ihre Arbeit müssen sich die Engagierten öffentlich und in sozialen Netzwerken rechtfertigen und Angriffe ertragen.“ Trotz aller Widerstände zeigten sie dennoch Haltung – das verdiene eine Auszeichnung.

In der Kategorie „Junge Initiative“, ebenfalls dotiert mit 1.000,00 Euro, ging der Preis an die **Demo-Beobachtungsgruppe Leipzig**. Laudatorin Juliane Nagel, Sprecherin der Linksfraktion für Migrations- und Flüchtlingspolitik: „Insbesondere vor dem Hintergrund der Mobilisierung rechter Akteure auf Sachsens Straßen haben sich seit 2014 viele Menschen auf den Weg gemacht, um für Humanismus, Grund- und Menschenrechte zu streiten. Die ehrenamtliche Demo-beobachtungsgruppe Leipzig kämpft für demokratische Grundsätze – ihr Fokus liegt auf dem Umgang der Polizei mit dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit.“ Die Gruppe begleite Versammlungen und dokumentiere öffentlich das Handeln der Behörden. „Mit kritischem Blick auf den Umgang mit der Versammlungsfreiheit vertei-

digt die Initiative eines der wichtigsten Instrumente der demokratischen Willensbildung.“

In der Kategorie „Engagierte Einzelperson“, dotiert mit 500,00 Euro, wurde **Rebecca Jäger** ausgezeichnet.



Sarah Buddeberg, Parlamentarische Geschäftsführerin und Sprecherin für Gleichstellungs- und Queerpolitik, stärkte der demokratischen Kämpferin gegen Missstände beim Transsexuellengesetz den Rücken. „Rebecca Jäger steht exemplarisch für hohen persönlichen Einsatz im Kampf gegen gesellschaftliche Missstände. Ausgehend von ihrer eigenen Entscheidung, eine Personenstandsänderung anzustreben, streitet sie für sich selbst und andere gegen die Steine, die das veraltete Transsexuellengesetz den Betroffenen in den Weg legt. Sie erzeugt damit öffentlichen Druck gegen Diskriminierung.“ Auch nachdem ihr Antrag nach langem Rechtsstreit endlich genehmigt wurde, kämpft sie weiter für die Rechte von Trans*menschen.

Fraktionschef Rico Gebhardt verwies darauf, dass die Entscheidungen der Jury schwer gefallen sind. „Denn alle Nominierten wirken für eine lebendige demokratische Kultur – und setzen damit Zeichen für das andere, das freundliche Sachsen.“ Mit dem Engagement-Preis für demokratische Kul-

tur würdigten die Abgeordneten der Linksfraktion Menschen, Gruppen, Initiativen, Vereine oder Verbände, die sich für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in Sachsen einsetzen. „Und zwar nicht von oben herab, sondern auf Augenhöhe

mit den Betroffenen, damit sie selbst zur stärkeren Mitwirkung an den sie betreffenden Entscheidungen befähigt werden. Wir freuen uns, dass die Einsendungen eine große Bandbreite des demokratischen Engagements widerspiegeln.“

Die Preisträgerinnen und Preisträger und alle diejenigen, deren Engagement uns tief bewegt, stehen für eine Welt, in der die Grundwerte des Grundgesetzes ihre Gültigkeit haben. Und in der diese Grundwerte gegen alle verteidigt werden, die sie – unter welchen Vorwänden auch immer – einschränken wollen. Das ist aller Ehren wert.

Die Finanzierung der Dotierungen erfolgt durch Spenden der Mitglieder der Fraktion. Für den Preis können sich Personen, Gruppen, Initiativen, Vereine oder Verbände bewerben, die sich im Bereich des Ausbaus demokratischer Beteiligung engagieren und ihren (Wohn-)Sitz in Sachsen haben und/oder in Sachsen tätig sind. Eine neue Runde im kommenden Jahr ist vorgesehen.



Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag